

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
163 · Ausgabe Region Bern · Juni 2016



100-JÄHRIGES PARTEI-JUBILÄUM

Lebendige Sozialdemokratie in Bümpliz-Bethlehem

IM JAHR 2016 FEIERT DIE SP-SEKTION BÜMPLIZ/BETHLEHEM IHR HUNDERTJÄHRIGES BESTEHEN MIT EINER PUBLIKATION ZUR EIGENEN GESCHICHTE UND MIT EINEM GROSSEN FEST AM 21. MAI.

Wie die Nachforschungen der Sektionsmitglieder Peter Anliker und Walter Müller zeigen, hat die Sozialdemokratie im Stadtteil Bümpliz-Bethlehem eine lange Tradition. Der erste Arbeiterverein entstand bereits 1884 und es folgten zahlreiche weitere Vereine, in denen sich Arbeiterinnen und Arbeiter politisch engagierten, für Bildung einsetzten und musikalisch oder sportlich betätigten. Die sozialistische Arbeiterschaft bewegte sich in ihrem eigenen «Kosmos», zu dem die Sozialdemokratische Partei und die verschiedenen Arbeitervereine wie auch die eigene Einkaufsgenossenschaft für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs gehörten. Aus diesem Kosmos ging auch die Bümplizer Chilbi, vom Arbeiterkartell Bümpliz 1948 erstmals durchgeführt, hervor, die bis heute einen festen Termin im lokalen Kalender darstellt.

Den Arbeiterkosmos gibt es heute in Bümpliz nicht mehr, doch die Erinnerung daran ist noch wach und viele lokale Aktivitäten wie zum Beispiel das SP-Bücherzelt an der Chilbi stehen durchaus in dieser Tradition.

Dies zeigte sich auch anlässlich des Jubiläumsfests der SP Bümpliz/Bethlehem. Stadtpräsident Alexander Tschäppät blickte mit einer Prise Nostalgie auf seine Kindheit zurück und erinnerte sich an seine Grosseltern, die als SPlerInnen nicht im Migros einkauften: Für den gelegentlichen Kauf einer Migros-Schokolade mussten sogar Helferdienste in Anspruch genommen werden. Der linke Kampf um Löhne, Bildung und Gerechtigkeit verbesserte das Leben der Menschen erfolgreich. Er war aber auch mit Verhaltensregeln und Vorsichtsmassnahmen verbunden: SP-Versände wurden ohne Absender versandt, damit die Mitglieder nicht Diskriminierungen ausgesetzt würden.

Wenn wir heute in einer freieren Gesellschaft leben, so ist dies auch ein Verdienst der sozialdemokratischen Parteiarbeit, rief Sektionspräsident Szabolcs Mihalyi in Erinnerung, unter Verweis auf die grossen Errungenschaften der letzten 100 Jahre bei der Gleichstellung von Mann und Frau und der sozialen Sicherung. Er zeigte aber auch in die Zukunft: Das Ausländerstimmrecht



Agnes Nienhaus,
SP Bümpliz/Bethlehem

sei gerade für Bümpliz und Bethlehem als Quartier mit einem hohen Ausländeranteil ein wichtiges politisches Ziel, um Gleichberechtigung und Teilhabe aller an der Gesellschaft zu sichern.

Taktgeber für die ganze Stadt

In die Zukunft blickte auch Gemeinderätin und Stapi-Kandidatin Ursula Wyss. Sie charakterisierte den Stadtteil 6 als eigentlichen Taktgeber der Stadt Bern: Entwicklungen wie eine zunehmende kulturelle und religiöse Vielfalt seien im Westen Berns bereits seit langem aktuell, betreffen heute aber die ganze Stadt. Für Bern könne es ausserdem eine Chance sein, im Rahmen der Erneuerung und Erweiterung des Siedlungsgebietes im Stadtteil 6 ein neues, urbanes Subzentrum zu schaffen.

Das Jubiläumsfest zeigte auch lebendige linke Kultur: Ein Bläserquartett, das sich extra zum Anlass formiert hatte, und der Chor Linksdrahl umrahmten das Fest mit Liedern linker Tradition. Diesen Reichtum innerhalb der Stadt Bern immer wieder bewusst zu machen, dafür setzt sich die Sektion Bümpliz/Bethlehem ein.

BUCHHINWEIS

E. Erne (Hg.):

**Bümpliz-Bethlehem:
zugehörig und doch
anders.**

*Die Stadt Bern und die
Entwicklung ihres Westens
im 20. Jahrhundert,
in: Berner Zeitschrift für
Geschichte 1/2016, mit
Beiträgen von P. Anliker
und W. Müller.*

CANNABISREGULIERUNG

Eine bekiffte oder innovative Idee?



In der Drogenpolitik war die Schweiz mal Vorreiterin. In den 1990er-Jahren sorgte sie mit ihrer innovativen und pragmatischen Drogenpolitik international für Schlagzeilen und bei einigen Hardlinern für rote Köpfe. Seither setzen wir auf unsere erfolgreiche Viersäulen-Politik (Prävention, Therapie, Schadensminderung, Repression). Insbesondere die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe half vielen schwerstabhängigen Menschen, holte sie aus der Verelendung und verbesserte ihren Gesundheitszustand massgeblich. Beschaffungskriminalität und offene Drogenszenen verschwanden, wie Bern sie im Kocherpark oder auf der Bundesterrasse kannte. Diese Drogenpolitik ist an der Urne mehrmals bestätigt worden.

Doch seit einiger Zeit droht die Schweiz drogenpolitisch ins Hintertreffen zu geraten. Während selbst in den drogenpolitisch repressiven USA in einigen Staaten der Umgang mit Cannabis gelockert wird, ist Kiffen bei uns immer noch eine kriminelle Tat. Dabei hat fast ein Drittel der Bevölkerung ab 15 Jahren schon mindestens einmal Cannabis konsumiert. Laut einer neuen Studie kiffen Schweizer Jugendliche im internationalen Vergleich am meisten. Wir zählen zu den Ländern mit

einem hohen Cannabiskonsum; dies ist bei uns die am häufigsten konsumierte illegale Substanz.

Hanf aus Apotheken

Verbot und Repression bringen uns nicht weiter. Bern, Basel, Zürich und Genf planen nun neue Wege beim Umgang mit Cannabis. Koordiniert wollen sie beim Bund Versuche für eine kontrollierte Cannabisabgabe bewilligen lassen. Als erste Stadt hat Bern Mitte März sein medizinisch begleitetes Pilotprojekt vorgestellt. Es sieht vor, dass ansässige Apotheken versuchsweise Cannabis verkaufen, und zwar an mindestens 18-Jährige, die in Bern wohnen und bereits Erfahrung mit Kiffen haben. Zurzeit erarbeitet die Uni Bern das Forschungsprojekt. Die Studie soll etwa Antworten auf das Konsumverhalten, die Wirkung von Prävention oder zur Cannabisqualität auf dem Schwarzmarkt liefern.

Gewiss, Cannabiskonsum soll nicht verharmlost werden, er kann gesundheitsschädigend sein. Aber ihn zu verteufeln bringt uns auch nicht weiter. Es geht – wie bei Alkohol oder Nikotin – um einen verantwortungsvollen Umgang, um gezielte Information und Prävention. Die politischen Mehrheitsverhältnisse auf nationaler Ebene sind wohl der Hauptgrund dafür, dass wir nicht

schon lange einen progressiveren Umgang mit Cannabis pflegen.

Offenheit für Regulierung

Einen Hinweis auf die Stimmung in der Bevölkerung gibt eine kürzlich publizierte, nicht repräsentative Umfrage von Tagesanzeiger online. Fast 84 Prozent der Teilnehmenden sind für eine Legalisierung von Cannabis; immer noch 69 Prozent sind es bei politisch Rechtsstehenden. Hauptgründe: die Entkriminalisierung, aber auch die Aushebelung des Schwarzmarkts sowie die fehlende Wirkung der jetzigen Gesetzgebung. Es gibt also Akzeptanz in der Bevölkerung für eine Regulierung oder gar Legalisierung.

Nicht auf die Zeichen der Zeit hören will jedoch eine knappe Mehrheit des bernischen Grossen Rats. Dort passierte eine SVP-Motion, die ein ausdrückliches Verbot von Cannabis-Clubs im Kanton Bern fordert. Zudem erhielt der Regierungsrat den Auftrag, sich dafür einzusetzen, dass der Bund keine Pilotprojekte zur Cannabis-Regulierung genehmigt. Eine Vogel-Strauss-Politik.

In der zweiten Jahreshälfte plant Bern – mit anderen Städten – sein Gesuch einzureichen. Es ist zu hoffen, dass wir damit einer Drogenpolitik näher kommen, die nahe an den Leuten und der Realität ist.



Marieke Kruit, Co-Präsidentin SP-Stadtratsfraktion

Verbot und Repression bringen uns nicht weiter

An einer Sondersession in New York im April diskutierten die UNO-Mitgliedstaaten den Umgang mit Drogen.



zVg

Der Europaplatz: Für einige der urbanste Berns.
Die steinernen Stufen laden zum Sitzen ein.

z/vg



WELCHES IST DEIN LIEBLINGSPLATZ IN DER REGION BERN? DER BUNDESPLATZ? DER MÜNSTERPLATZ? DER VORPLATZ DER REITSCHULE? DER LIEBEFELDPARK? DAS MARZILI? ODER DOCH DEIN QUARTIER- ODER DORFPLATZ? WIR ALLE HABEN UNSERE LIEBLINGSPLÄTZE UND ANDERE ÖFFENTLICHE RÄUME, DIE WIR NIE BESUCHEN. DAS GLEICHE GILT FÜR DIE GESAMTE BEVÖLKERUNG.

Definierte und undefinierte Regeln dominieren die öffentlichen Plätze: Die offiziellen Regeln werden durch die Städte, Gemeinden und GrundeigentümerInnen gemacht: Wer am Bahnhof Werbemuster verteilen will, muss bezahlen; trotz Versammlungsfreiheit braucht es auf dem Bundesplatz eine Bewilligung für eine Demonstration, während das Recht, einen Event durchzuführen, gekauft werden kann; wer einen Märkt-Stand auf dem Bärenplatz aufstellt, muss dies anmelden und das vorgegebene Zeitfenster einhalten.

Es gibt aber auch ungeschriebene Regeln. Oder könnt ihr euch vorstellen, zu den Menschen beim Schachspiel auf dem Bärenplatz hinzugehen und zu sagen: «Jetzt will ich spielen, ihr seid bereits seit Stunden dran?» Auf dem Vorplatz der Reitschule Coca-Cola-Dosen mit Werbeflyer zu verteilen? Oder vor einem Fussballspiel im Wankdorfstadion den ganzen Vorplatz zum Einradfahren zu beanspruchen?

Plätze für alle statt für wenige

Sowohl die offiziellen als auch die ungeschriebenen Regeln führen immer wieder zu Konflikten zwischen Anspruchsgruppen. Wie können wir als SP damit umgehen? Platz

bzw. öffentliche Plätze «für alle statt für wenige» gilt auch hier!

Die Benutzung vieler öffentlicher Plätze wird immer wieder eingeschränkt und der Bevölkerung wird damit wichtiger Freiraum weggenommen. Die berühmt-berüchtigten «Steine» in der Bahnstufunterführung wurden vom Randgruppentreffpunkt zum sitzlosen Einkaufszentrum. Die Plattform vor dem Münster ist während der Nacht für die Bevölkerung geschlossen, um den Drogenhandel einzuschränken. Im Eichholz patrouillieren Broncos, um erfolgreich Lärm- und Rauchemissionen für AnwohnerInnen zu vermindern. Dies sind berechtigte Anliegen – oder weniger berechtigte, je nach persönlicher Einstellung oder Betroffenheit. Wenn wir uns am Versprechen «für alle statt für wenige» messen lassen wollen, darf der Nutzungsdruck auf den einzelnen Plätzen aber nicht zu gross werden. Nur so finden tatsächlich alle ihren Platz. Damit gilt die Devise: Mehr und unterschiedliche öffentliche Räume in Bern und der Region schaffen.

Der Europaplatz als gutes Beispiel

Der belebte Europaplatz ist ein gelungenes Beispiel dafür, dass nicht



Tanja Bauer,
Mitglied Vorstand SP Köniz
und GL SP Region Bern

Der öffentliche Raum ist der Spiegel unserer Gesellschaft.

alle Plätze gleich sein müssen. Er ist ein Novum in der regionalen Platzpolitik. Sitzgelegenheiten um die Säulen vermitteln die Botschaft, dass alle hier verweilen und beispielsweise ein mitgebrachtes Dosenbier trinken dürfen. Dies ist ein verbreitetes Bedürfnis unterschiedlichster Gruppen, die sich den Besuch im Restaurant nicht leisten können und dennoch den sozialen Kontakt und einen Treffpunkt suchen. Die Lage unter der Autobahnbrücke macht den Platz für viele zum «Unort». Aber kein anderer Platz ist so gut vor Regen und Sonne geschützt. Davon hat zuletzt das Street-Food-Festival profitiert. An jedem anderen Platz wäre dieser kulinarische Höhepunkt wortwörtlich ins Wasser gefallen.

Mehr Platz für alle! Damit sich alle Gruppen, egal, ob wir die Gruppe mögen oder nicht, ihren Platz aneignen können. Dazu braucht es auf den Plätzen auch undefinierte Freiräume. Schliesslich ist der öffentliche Raum der Spiegel unserer Gesellschaft. Wenn Personen oder Gruppen von Plätzen verdrängt werden, ist dies ein Zeichen dafür, dass wir auch ihre Ansprüche oder Probleme in der Gesellschaft verdrängen.

STÄDTISCHE WAHLEN VOM 27. NOVEMBER 2016

STADT FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

An der Delegiertenversammlung vom 2. Mai verabschiedeten die Delegierten der Stadt Bern die Wahlplattform für eine offene, solidarische und ökologische Stadt, mit den inhaltlichen Schwerpunkten im Wahlkampf und den Wahlzielen. Bei den Stadtratswahlen strebt die SP zwei zusätzliche Sitze an (neu 25) und will ihren Stimmenanteil auf über 30 Prozent erhöhen. Zudem soll die JUSO, welche mit einer eigenen Liste zu den Wahlen antritt, zwei Sitze holen.

Mit Michael Aebersold und Ursula Wyss will die SP ihre beiden Sitze im Gemeinderat verteidigen und Ursula soll Berns erste Stadtpräsidentin werden.

Die zwei thematischen Schwerpunkte der SP Stadt Bern sind:

Eine lebenswerte Stadt, in der sich alle wohl fühlen

Hierzu braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum, durchmischte und verkehrsberuhigte Quartiere, eine gute Infrastruktur und einen attraktiven öffentlichen Raum, der allen offen steht.

Eine offene und solidarische Stadt für alle

Das heisst: Gleiche Chancen für alle, ausreichend Kita- und Tagesschulplätze, ein funktionierender Service public, eine angemessene Betreuung von unterstützungsbedürftigen Menschen und leicht zugängliche Integrationsangebote.

An der Delegiertenversammlung vom 2. Mai hat die SP Stadt Bern auch ihre 40 Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtratswahlen vom 27. November 2016 nominiert. Die SP steigt mit einer starken und ausgewogen zusammengesetzten Liste ins Rennen um die 80 Stadtratssitze.

Katharina Altas, 1967, bisher, Bern-Nord

Yasemin Cevik, 1979, bisher, Bern Ost

Rithy Chheng, 1980, bisher, Bümpliz/Bethlehem

Benno Frauchiger, 1975, bisher, Länggasse-Felsenau

Nadja Kehrli, 1976, bisher, Bern Ost

Ingrid Kissling-Näf, 1964, bisher, Altstadt Kirchenfeld

Fuat Köçer, 1985, bisher, Holligen

Martin Krebs, 1966, bisher, GSB, Altstadt Kirchenfeld

Marieke Kruit, 1968, bisher, Altstadt Kirchenfeld

Nora Krummen, 1993, bisher, GSB, Bern Ost

Peter Marbet, 1967, bisher, Holligen

Lukas Meier, 1975, bisher, Bern Süd

Patrizia Mordini, 1973, bisher, GSB, Altstadt Kirchenfeld

Halua Pinto de Magalhães, 1986, bisher, Holligen

Lena Sorg, 1984, bisher, Bern-Nord

David Stampfli, 1982, bisher, Länggasse-Felsenau

Bettina Stüssi, 1968, bisher, GSB, Bern Ost

Michael Sutter, 1981, bisher, Holligen

Johannes Wartenweiler, 1960, bisher, GSB, Bern-Nord

Timur Akçasayar, 1979, Bümpliz/Bethlehem

Emanuel Amrein, 1975, Länggasse-Felsenau

Elisabeth Arnold, 1987, Bern Süd

Michel Berger, 1969, GSB, Bern Süd

Laura Binz, 1981, Altstadt Kirchenfeld

Michael Bloch, 1976, Altstadt Kirchenfeld

Christian Boesch, 1976, Bern-Nord

Ueli Fuchs, 1989, GSB, Bern Süd

Rahel Habegger, 1991, Länggasse-Felsenau

Bernadette Haefliger, 1970, GSB, Länggasse-Felsenau

Andreas Hofmann, 1944, Bern-Nord

Ladina Kirchen, 1970, Bümpliz/Bethlehem

Szabolcs Mihalyi, 1976, Bümpliz/Bethlehem

Esther Muntwyler, 1957, Holligen

Agnes Nienhaus, 1971, Bümpliz/Bethlehem

Barbara Nyffeler, 1958, Bern Ost

Daniel Rauch, 1978, Bern-Nord

Edith Siegenthaler, 1983, Bern Süd

Ayse Turgul, 1964, Holligen

Simon Zurbrügg, 1984, Länggasse-Felsenau

Jonas Zürcher, 1987, Bern Süd